



vhw werksTADT

Kommunale Integrationskonzepte

Großstädtische Konzepte im Wandel,
kleinstädtisch-ländliche Konzepte im Kommen

Kirsten Krüger

Vom Einwanderungs- zum Integrationsland

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Das ist schon lange eine Tatsache, auch wenn das politische Selbstverständnis vergleichsweise jung ist. Erst mit dem Zuwanderungsgesetz 2005 wurde dies in offizielle Bahnen gelenkt, während Migration nach Deutschland schon viel länger stattfindet.

Man kann die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auch als eine Geschichte von Zuwanderung erzählen, an deren Anfang Flucht und Vertreibung in Folge des 2. Weltkriegs sowie die Ost-West-Flucht aus der jungen DDR standen. Fortgesetzt wurde die Geschichte mit den Gastarbeitern und deren Familiennachzug. Deutschland war offen für vietnamesische Boatpeople sowie Kriegsflüchtlinge vom Balkan und aus Syrien. Zu Beginn der 90er-Jahre war die Zuwanderung von Deutschstämmigen aus Russland, Polen und Rumänien ein großes Thema. Schließlich hat sich auch mit der Schaffung des EU-Binnenmarktes die Zuwanderung aus Nachbarländern forciert.

Seit 2015/2016 sind Flucht und Migration das große gesellschaftliche und politische Thema in Deutschland. Nachdem nun der Umfang der Neu-Zuwanderung langsam wieder zu sinken begann, richtet sich die Aufmerksamkeit verstärkt auf den Aspekt der Integration. Trotzdem blieb weiterhin unklar, was die Kommunen, als zentrale Akteure des Gelingens von Integration, eigentlich darunter verstehen und wie sie vor Ort strategisch aufgestellt sind. Um hierzu erste Erkenntnisse zu generieren, hat der vhw 2016 eine Dokumentenanalyse kom-

munaler Integrationskonzepte von Großstädten aus ganz Deutschland vorgenommen (vhw werkSTADT Nr. 10, Krüger 2016).

Auch 2018 war die Thematik aktuell und wird es wohl auf längere Zeit auch bleiben, denn Integration stellt eine Daueraufgabe dar, welche die gesamte Gesellschaft einbezieht. Die Medien richten den Blick inzwischen vor allem nach innen, wenn es um aufgekommenen Populismus, erstarkte rechtsnationale Parteien und Politikverdrossenheit geht. Ungeachtet dessen bescheinigt das SVR-Integrationsbarometer in einer Befragung von Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland ein stabiles Integrationsklima (vgl. SVR 2018), und an anderer Stelle wird Deutschland für seine erfolgreiche Integrationspolitik gewürdigt (vgl. z. B. Prange 2018).

Doch wie sieht es inzwischen vor Ort in den einzelnen Kommunen aus, dort wo Integration tatsächlich stattfindet? Gesemann und Roth verzeichnen im Zuge der „verstärkte[n] Flüchtlingseinwanderung“ gerade auch eine „Neubelebung integrativer kommunaler Visionen und Leitbilder“ (Gesemann/Roth 2017, S. 45).

Vor diesem Hintergrund scheint es besonders interessant, die kommunalen Integrationskonzepte einer erneuten Betrachtung zu unterziehen. Wie bei der Dokumentenanalyse 2016 ist es das Ziel, Erkenntnisse über das zugrundeliegende Integrationsverständnis der Konzepte zu erlangen und darüber hinaus Einblicke in den Zustand gelingender, kommunaler Integration in unterschiedlichen räumlichen Kontexten zu gewinnen.

Folgestudie: Dokumentenanalyse aktueller Konzepte

Um die Entwicklungen rund um den Umgang mit Vielfalt vor Ort weiter zu verfolgen, wurden im Rahmen dieser Aktualisierung alle Integrationskonzepte von deutschen Großstädten berücksichtigt, die in den Jahren 2016 und 2017 veröffentlicht worden und frei zugänglich sind. Interessant ist, dass es sich bei diesen insgesamt zehn Konzepten ausschließlich um Fortschreibungen bestehender Integrationskonzepte handelt. Drei der betrachteten Kommunen, nämlich Hamburg, Düsseldorf und Potsdam, wurden aufgrund der damals angewandten Kriterien (Einwohnerzahl, Lage etc.) bereits in der Analyse von 2016 berücksichtigt (siehe Abb. 1 und Anhang).

Sättigung erreicht?

Betrachtet man das Publikationsjahr der Integrationskonzepte von deutschen Großstädten, fällt nicht nur auf, dass die meisten Konzepte zwischen 2006 und 2013 entstanden, sondern außerdem ab dem Jahr 2013 immer weniger Erstkonzepte, dafür verstärkt Fortschreibungen veröffentlicht worden sind. Recherchen haben gezeigt, dass bis Ende 2017 bereits 90 Prozent aller deutschen Städte mit über 100.000 Einwohnern ein Integrationskonzept – 20 Prozent sogar bereits eine Fortschreibung – besitzen.

Es verwundert also kaum, dass zuletzt die Publikationen stagnierten und fast ausschließlich Fortschreibungen erschienen sind. Die starke Zuwanderung von Geflüchteten in den letzten Jahren hat zusätzlich die meisten kommunalen Kapazitäten im Bereich Migration/Integration

für die praktische und eben nicht die konzeptionelle Arbeit gebunden. Vor diesem Hintergrund erscheinen alle

2016 und 2017 veröffentlichten Konzepte in einem anderen Licht: Diese Kommunen haben bereits Erfahrungen mit einem Erstkonzept sammeln können. Nun scheinen die Ereignisse der vergangenen Jahre Anlass für eine Neujustierung gegeben zu haben.

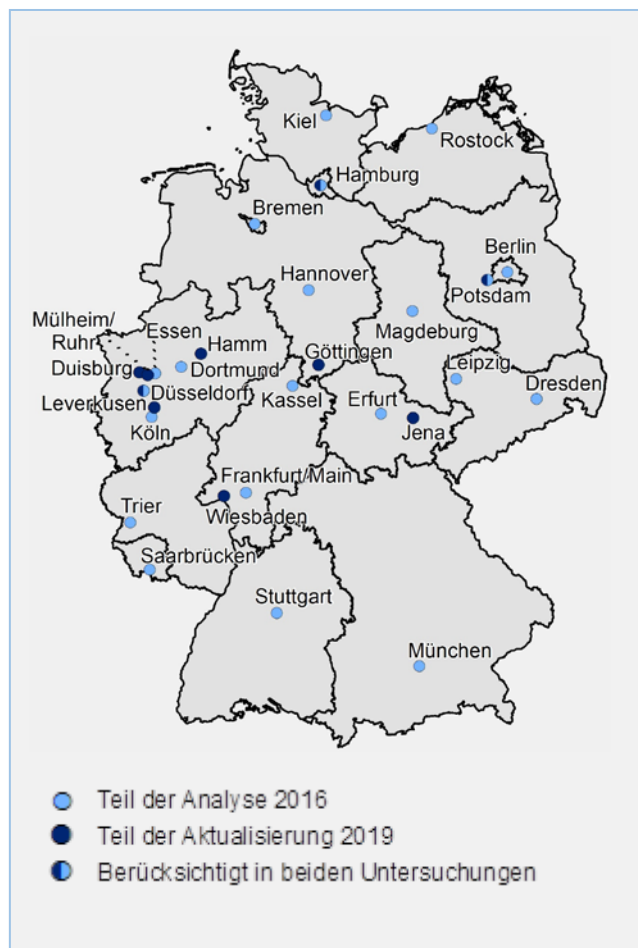


Abb. 1: Untersuchte kommunale Integrationskonzepte
Quelle: eigene Darstellung

vhw Fortbildung: Erstellung und Fortschreibung kommunaler Integrationskonzepte

Auch wenn die Veröffentlichungen von großstädtischen Integrationskonzepten zurückgegangen sind, wurden bei Seminarveranstaltungen des vhw-Fortbildungsbereichs zu dieser Thematik – insbesondere für kleinere Kommunen – Bedarfe sichtbar. 2018 wurden deshalb Veranstaltungen zur Erstellung und Fortschreibung kommunaler Integrationskonzepte angeboten, die in erster Linie von Teilnehmenden aus Kleinstädten sowie ländlichen Räumen besucht worden sind. Die Erkenntnisse, die der vhw 2016 aus den Konzepten der Großstädte gewonnen hat, flossen in Form einer Grundlagedarstellung ein.

Die Eindrücke aus den Seminaren, die sich einer großen Resonanz erfreuten, werden im vorliegenden Beitrag den Erkenntnissen aus der Dokumentenanalyse an die Seite gestellt, um so ein möglichst umfassendes Bild zu zeichnen. Darüber hinaus haben sie Anstoß zu einer grundlegenden Auseinandersetzung mit Integrationsstrategien und -verständnissen in kleineren Kommunen gegeben. Deshalb stehen zunächst die neuen Trends der großstädtischen Integrationskonzepte im Mittelpunkt, im Anschluss wird der Fokus außerdem auf die Entwicklungen im kleinstädtischen und ländlichen Raum gelegt.

Großstädtische Integrationskonzepte im Wandel

In Bezug auf die Erarbeitung, Gestaltung und Themenauswahl sind zwischen den neueren (2016/2017) und den älteren (bis 2015) Integrationskonzepten kaum Unterschiede zu erkennen. Dies gilt auch für den Vergleich zwischen Erst- und Folgekonzepten. Sie weisen immer noch eine Grundstruktur mit theoretischem sowie anwendungsorientiertem Part auf und wurden meist über einen längeren Zeitraum hinweg in einem intensiven Bürgerbeteiligungsverfahren erarbeitet. Bei den gewählten Handlungsfeldern lassen sich – bei geringer Fallzahl – nur kleine Abweichungen zur Analyse von 2016 erkennen. Insgesamt bleibt die Gewichtung der Themen durch die Kommunen, die sich anhand der Handlungsfelder ablesen lässt, recht ähnlich. Einen Bedeutungszuwachs hat das Handlungsfeld Wohnen erhalten.

Die Zielgruppe der Geflüchteten

Erwartungsgemäß wird die verstärkte Zuwanderung von Geflüchteten und Asylbewerbern der letzten Jahre auch in den neueren Integrationskonzepten thematisiert. Schon 2016 war deutlich zu sehen, dass ab etwa 2011 die Gruppe der Geflüchteten verstärkt Berücksichtigung in kommunalen Integrationskonzepten gefunden hat. In den Konzepten der letzten zwei Jahre nimmt diese Zielgruppe entsprechend der Ereignisse einen noch größeren Raum ein. Dabei fällt auf, dass ihr weniger eigene Handlungsfelder und Kapitel gewidmet werden (de facto geht die Zahl der Handlungsfelder mit dem Themenschwerpunkt ‚Geflüchtete‘ im Vergleich zu den Erkenntnissen von

2016 sogar zurück). Stattdessen ist diese Klientel – neben eigenen Einführungskapiteln zu Beginn im theoretischen Teil des Konzepts – in Form von entsprechend adressierten Maßnahmen in den unterschiedlichsten Handlungsfeldern immer wieder präsent. Hier spielen insbesondere Aspekte zu „Neuzuwanderung“ und „Erstintegration“ eine Rolle, worüber sich auch die zunehmende Relevanz des Handlungsfelds „Wohnen“ im Vergleich zur Studie von 2016 erklären lässt: Denn hier finden sich inzwischen viele Maßnahmen zur Unterbringung von Geflüchteten.

In den Fortbildungsveranstaltungen des vhw wurde von den Teilnehmenden noch auf eine weitere Zielgruppe hingewiesen, die in konzeptioneller Integrationsarbeit offenbar kaum wahrgenommen wird: nämlich EU-Binnenwandernde aus Südosteuropa. Von allen bislang untersuchten großstädtischen Integrationskonzepten haben lediglich drei Konzepte jüngerer Datums aus Nordrhein-Westfalen diese Zielgruppe explizit berücksichtigt: Hamm (2016), Duisburg (2016) und Dortmund (2013). Die Zielgruppen der Südosteuropäer und der Geflüchteten werden hier ähnlich ausführlich behandelt – in eigenen Eingangskapiteln und mit diversen zielgruppenbezogenen Maßnahmen innerhalb der jeweiligen Handlungsfelder.

Wird *divers* das neue *klassisch*?

Im Rahmen der Analyse konnten 2016 zwei Typen von kommunalen Integrationskonzepten pragmatisch abgegrenzt werden: Einerseits das *klassische Integrationskonzept*, bei dem vor allem ein zweiseitiger Prozess beschrieben wird (Zuwanderer treffen auf Aufnahmegesellschaft). Andererseits das *reflexive*

Diversitätskonzept, dem Theorien zu Inklusion und Diversity zugrunde liegen und bei dem die gesamte, vielfältige Stadtgesellschaft statt der üblichen ethnischen Gruppen und Minderheiten im Mittelpunkt des Konzepts steht. Beide Typen sind dabei als Pole zu verstehen, zwischen denen sich alle betrachteten Konzepte verorten ließen, wobei etwa 40 % der damals untersuchten Konzepte den reflexiven Diversitätskonzepten zuzuordnen waren. Die zwei Konzepttypen standen damit nebeneinander und wurden auch beide weiterhin reproduziert (vgl. Krüger 2016).

Die Konzepte aus den Jahren 2016 und 2017 zeigen deutlich, dass sich hier ein Wandel vollzogen hat. Es werden immer noch Konzepte beider Typen veröffentlicht, allerdings hat sich die Gewichtung verschoben: Jetzt können etwa 80 % der neueren Konzepte den reflexiven Diversitätskonzepten zugeordnet werden. Dieses Ergebnis deckt sich auch mit den Eindrücken aus den Fortbildungsveranstaltungen des vhw. Aus den Kommentaren und Nachfragen der Teilnehmenden zur Typisierung der Konzepte ließ sich ebenfalls ein eindeutiger Trend zu einem diversitätsgeprägten Integrationsverständnis erkennen. Aufgrund der geringen Fallzahlen kann nur von Tendenzen gesprochen werden, es ist jedoch auffällig, dass die Eindrücke der großstädtischen Konzeptanalyse und den eher kleinstädtisch geprägten Seminaren in die gleiche Richtung weisen.

Interessant ist insbesondere die differenzierte Betrachtung der jüngeren Diversitätskonzepte, denn im Detail zeigen sich durchaus neue Entwicklungen:

Die Diversitätskonzepte der letzten Jahre weisen – um bei dem Bild der beiden Konzeptpole

zu bleiben – zwar eine klare Orientierung zum Pol der Diversität auf, sind dabei aber oft wenig konsequent. Das heißt, dass sich die Verfasser der Konzepte zwar zu einer „diversen Grundhaltung“ bekennen, in ihren Ausführungen und Formulierungen häufig jedoch dem klassischen Integrationsverständnis verhaftet bleiben.

Zusätzlich wird in etwa der Hälfte der jüngeren, als reflexiv-divers kategorisierten Konzepte die vorher beschriebene Grundhaltung mit einer alleinigen Ausrichtung auf die Zielgruppe der Zugewanderten und Menschen mit Migrationshintergrund kombiniert. Eine solche Ausrichtung scheint gerade bei diesen Konzepten paradox, steht sie doch eigentlich im Widerspruch zur eigenen „reflexiv-diversen Grundhaltung“, bei der die Konzepte an die gesamte Stadtgesellschaft gerichtet werden und eben nicht an ausgewählte Gruppen. Diese neue Kombination von Grundhaltung und Ausrichtung wird jedoch in den Konzepten kaum thematisiert, das Paradoxe daran nicht weiter problematisiert – vielleicht auch bewusst in Kauf genommen, um einer benachteiligten Klientel eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. So heißt es im Integrationskonzept der Stadt Duisburg dazu beispielsweise:

„Obwohl das Integrationskonzept auf ein „Wir-Gefühl“ aller in Duisburg lebender Menschen abzielt, liegt doch ein besonderer Fokus auf den Menschen mit Migrationshintergrund, da Zugangsbarrieren zu vielen Bereichen des städtischen Lebens für sie bestehen.“ (Kommunales Integrationskonzept Duisburg 2016, S. 11)

In den vhw-Seminaren wurden mögliche Ursachen dieser Paradoxien und konzeptionellen Brüche deutlich, denen auch etwas Positives abgewonnen werden kann: Denn trotz der recht einhelligen Unterstützung eines divers ausgerichteten Integrationsverständnisses unter den anwesenden Fachleuten aus den Kommunen, die im Rahmen ihrer praktischen Arbeit vor Ort täglich im Kontakt mit Zugewanderten stehen, muss sich diese fachliche Überzeugung nicht unbedingt mit der Haltung der Mehrheit innerhalb der Kommune, der Stadtspitze oder auch der der Bürgerinnen und Bürger decken.

Oftmals, so die Meinung von Experten aus den Kommunen, sei hier ein Spagat zwischen eben jener eigenen fachlichen Überzeugung und dem, was politisch vor Ort umzusetzen ist, nötig. Zusätzlich lässt sich auch eine Überforderung in Anbetracht der vielen unterschiedlichen, zu berücksichtigenden Bedürfnisse und Perspektiven in einem konsequent verfassten Diversitätskonzept erahnen. Die in einem Seminar formulierte Frage danach, wie bei einem solchen Konzept überhaupt „alle Aspekte unter einen Hut zu kriegen seien?“, spricht für sich. Vor einem solchen Hintergrund kann es strategisch sinnvoll sein, sich dem übergeordneten Ziel Diversität zunächst in kleineren Schritten zu nähern, um politisch überhaupt etwas erreichen und ganz unterschiedliche Akteure in den Prozess einbeziehen zu können.

Vielfalt in Kleinstädten und ländlichen Räumen

Während in Großstädten Integrationskonzepte schon weit verbreitet sind (s. vorher), hat für viele kleinere Kommunen die Beschäftigung mit der Zuwanderung in den letzten Jahren als eine Art Katalysator für Integrations-themen gewirkt (Pätzold/Reimann 2018, S. 4). Filsinger und Gesemann erkennen speziell in Kleinstädten derzeit „ein wachsendes Interesse an einer Konzept- und Strategieentwicklung“ (Filsinger/Gesemann 2018, S. 3).

Integration in kleineren Kommunen: zum Status Quo

Jüngste Studien beschreiben für kleinere Städte, dass bislang „hauptamtliche Integrationsbeauftragte oder Integrationskonzepte eher die Ausnahme“ seien (Reimann 2017, S. 259). In ländlichen Räumen seien diese zwar durchaus vorhanden, „aber nicht immer im gleichen Umfang und mit der gleichen Schwerpunktsetzung wie in größeren Städten“ und bedürften häufig einer Überarbeitung (Ohlinger et al. 2017, S. 6). Einig sind sich beide Studien darin, dass es der kommunalen Integrationspolitik meist an finanziellen und personellen Ressourcen mangle, weshalb diese im ländlichen Raum nicht programmatisch und strategisch, sondern häufig „situativ und reaktiv“ (vgl. ebd., S. 35) erfolge.

Dabei erhoffen sich gerade Landkreise, Kleinstädte und Gemeinden von der Zuwanderung ganz allgemein positive kommunale Zukunftsperspektiven in Bezug auf die demografische und ökonomische Entwicklung (vgl. Gesemann/Roth 2018, S. 5). Auch in den genannten vhw-Seminaren ließen sich Gründe für

kleinere Kommunen erkennen, das Thema Integration nun strategisch anzugehen: Viele möchten nach der intensiven Beschäftigung mit zugewanderten Geflüchteten der letzten Jahre die frei gewordenen Kapazitäten nun nutzen, um zu einer breiter ausgerichteten und vor allem langfristig wirksamen Integrationsarbeit zu kommen. Ein Anliegen ist es außerdem, die Erfahrungen und Aktivitäten zu verschriftlichen – einerseits um Transparenz nach außen zu schaffen, andererseits um intern dauerhafte Strukturen zu etablieren und den Fokus zu öffnen.

Spezifika räumlicher Kontexte

Aufgrund der unterschiedlichen Rahmenbedingungen können die Erkenntnisse der Integrationsforschung, die bislang fast ausschließlich in Großstädten verortet war, nicht einfach auf Mittel- und Kleinstädte oder den ländlichen Raum übertragen werden (vgl. Bolte/Kirchhoff 2015; Ritgen 2018, S. 408). Und auch die kleineren Kommunen sind derart heterogen, dass eine Übertragbarkeit untereinander nur im eingeschränkten Maße möglich ist (für den ländlichen Raum vgl. z. B. Mehl et al. 2017, S. 9ff.). Trotzdem kristallisierten sich in den vhw-Veranstaltungen zwei Kernfragen heraus, die sich gerade kleinere Städte und Kommunen im ländlichen Raum gemeinsam stellen: Wie lässt sich unter den Bedingungen eingeschränkter Mobilität in ländlich geprägten Räumen Integration fördern? Und wie kann man dort Zugewanderte zum langfristigen Bleiben bewegen?

Ausgedünnte Infrastrukturangebote kleinerer Kommunen werden insbesondere für Geflüchtete, aber auch für alle anderen Menschen vor Ort, zu einer Hürde in Bezug auf Erreichbarkeit

und Teilhabe im ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Bereich. Speziell die Dominanz des Individualverkehrs bedeutet ein Hindernis für den Zugang zum gesellschaftlichen Leben. So kann sich der Aspekt der Erreichbarkeit auf Angebot und Nachfrage von Integrationsmaßnahmen auswirken – um nur ein Beispiel von vielen herauszugreifen.

Für manch kleine, von Abwanderung und Überalterung geprägte Kommune stellt die Zuwanderung durch Geflüchtete eine Chance für die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens und der örtlichen Infrastruktur dar. Das gilt allerdings nur dann, wenn diese sich tatsächlich langfristig in der Kommune niederlassen und nicht auf der Suche nach Arbeit oder Anschluss an eine migrantische Community bald wieder in die nächste Großstadt abwandern. Vor diesem Hintergrund werden verschiedene Haltefaktoren diskutiert¹, u. a. mögliche Effekte der Wohnsitzauflage (vgl. dazu auch Aring/Hallenberg 2016).

Es zeigt sich, dass für eine gelingende Integration in kleineren Städten oder ländlichen Kommunen eigene Herausforderungen gelten und dementsprechend individuell angepasste Lösungsansätze gefunden werden müssen. Gerade im Hinblick auf den Kontrast zu den betrachteten großstädtischen Integrationskonzepten wäre eine Analyse von Integrationskonzepten kleinerer Kommunen interessant, möglicherweise könnten in dem Zuge auch weitere Erkenntnisse für die vorher skizzierten Themenkomplexe generiert werden.

¹ Weitere Erkenntnisse hierzu sollen z. B. über das Forschungsprojekt Integration Innovativ des Instituts für Technologie und Arbeit e.V. und der Seniorforschungsprofessur

Der Weg ist das Ziel

Im Resümee der Dokumentenanalyse kommunaler Integrationskonzepte von 2016 wurde betont, dass ein Konzept allein nicht automatisch gelingende Integration zur Folge hat, sondern dass es in erster Linie auf die Umsetzung in der Praxis ankommt. Auch die nun vorgenommenen Analysen lassen diesbezüglich keinen Schluss zu; ebenso fehlt es bis dato an entsprechenden Studien. Dementsprechend lautet auch das Resümee von Filsinger und Gesemann, dass sich zu Wirkungen und Wirksamkeit kommunaler Integrationspolitiken und -konzepte bislang kaum Aussagen treffen lassen (vgl. Filsinger/Gesemann 2018, S. 4).

Bei der Bewertung der Effekte von Integrationskonzepten plädiert Gillebeert, Integrationsbeauftragte von Ingelheim, dafür, den Fokus nicht allein auf das fertige Endprodukt – das Integrationskonzept – zu legen, sondern darüber hinaus den vorgelagerten Prozess und seine Effekte wertzuschätzen. Denn der Weg zum Konzept habe bereits einen großen Mehrwert für die Kommune und berge gerade über die vielfältigen Vernetzungen und Teilnehmungsformate viel Potenzial (Gillebeert 2018). Auch Pätzold und Reimann setzen bei diesem Gedanken an: Zentral sei es „Erfahrungen zu sammeln und Lernprozesse in Gang zu setzen“ (Pätzold/Reimann 2018, S. 4). Ein Integrationskonzept ist also für eine Kommune immer im größeren Kontext zu sehen und Erfolg sollte in diesem Zusammenhang nicht allein mit Blick auf die Zielgruppe der

Stadtplanung der Technischen Universität Kaiserslautern mit den rheinland-pfälzischen Verbandsgemeinden Gerolstein und Rockenhausen generiert werden.

Zugewanderten und Menschen mit Migrationshintergrund gemessen werden.

Bilanz

Aus der Analyse der großstädtischen Konzepte entsteht der Eindruck, dass sich die schon 2016 ausgemachte Perspektivenverschiebung hin zu diversitätsgeprägten Integrationsverständnissen noch verstärkt hat (vgl. Krüger 2016, S. 5f. sowie Schönwälder 2013, S. 220). Mit den Erkenntnissen aus den vhw-Seminaren entsteht darüber hinaus der Eindruck, dass sich dies auch unabhängig von der Gemeindegröße zu vollziehen scheint. Die von Aumüller beobachtete „wachsende Ungleichzeitigkeit“ (vgl. Aumüller 2012) der Integrationsverständnisse² scheint zumindest zwischen Stadt und Land inzwischen zurückzugehen. Gerade bei den kleineren Kommunen ist derzeit eine Belebung integrativer Strategien und Ambitionen zu verzeichnen. Denn, so die Beobachtung, ein strategisch angelegter Integrationsprozess scheint vor dem Hintergrund der Neuzuwanderungen rund um das Jahr 2015 gerade auch für sie Potenziale zu bergen, weshalb auch kleinere Städte und Kommunen diesen Prozess nun gezielt angehen. Es sollen auch hier konzeptionelle Grundlagen erarbeitet werden, die bislang primär in großstädtischen Kontexten erprobt wurden. Finanziell sowie strukturell werden momentan bei den Kommunen Kapazitäten ausgemacht, um tatsächlich nachhaltige und langfristig angelegte Integrationsstrategien zu entwickeln (vgl. Boockmann et al. 2018, S. 51 sowie Ohlinger

et al. 2017, S. 26). Doch gerade hier bestehen auch Unsicherheiten: Unklar ist, wie sich die Integrationsarbeit in den Kommunen mit oftmals befristet geschaffenen Stellen und finanzieller Unterausstattung in der Praxis langfristig entwickeln können. Dabei wäre es wichtig, jetzt nicht nachzulassen, Erfolge durch strategisch-konzeptionelle Arbeit langfristig abzusichern und das Thema Integration kommunal noch breiter als Querschnittsaufgabe für alle kommunalen Ressorts zu verankern. In diesem Sinne ist Ritgen beizupflichten, wenn er dafür plädiert das Thema Integration als einen „Teil jeder kommunalen Zukunftsstrategie“ zu behandeln (Ritgen 2018, S. 429).

Literatur

Verweise auf die herangezogenen Integrationskonzepte finden sich gesondert im Anhang.

Aring, Jürgen; Hallenberg, Bernd (2016): Eine flexible Wohnsitzauflage für Geflüchtete. Plädoyer für ein unterstützendes Instrument. vhw werkSTADT Nr. 4.

Aumüller, Jutta (2012): Handlungsmöglichkeiten kommunaler Integrationspolitik. URL: <https://heimatkunde.boell.de/2012/11/01/handlungsmoeglichkeiten-kommunaler-integrationspolitik>. 12.12.2018.

Bolte, Claudia; Kirchhoff, Gudrun (2015): Migration und Integration im ländlichen Raum. Schader Stiftung. URL: <https://www.schader-stiftung.de/themen/vielfalt-und-integration/fokus/zuwanderung-im-laendlichen-raum/artikel/migration-und-integration-im-laendlichen-raum/>. 12.12.2018.

Boockmann, Bernhard; Klee, Günther; Scheu, Tobias (2018): Ausgaben im Zusammenhang mit Geflüchteten. Eine Untersuchung der Ausgabenstrukturen in acht ausgewählten Kommunen. Hrsg.: Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Level „zeitgemäße[r] integrative[r] Leitbilder“ bewegen würden.

² Aumüller beschreibt 2012, dass strategische Integrationspolitik noch nicht bei allen Kommunen angekommen sei, während sich andere schon auf dem nächsten

Filsinger, Dieter; Gesemann, Frank (2018): Kommunale Integrationskonzepte: Verbreitung, Funktion und Wirksamkeit. Expertise im Auftrag des Sachverständigenrates für deutsche Stiftungen für Integration und Migration. Berlin, Saarbrücken.

Gesemann, Frank; Roth, Roland (2018): Handbuch Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Einleitung. In: Gesemann, Frank; Roth, Roland (Hrsg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik. Springer VS, Wiesbaden. S. 1 – 7.

Gesemann, Frank; Roth, Roland (2017): Erfolgsfaktoren der kommunalen Integration von Geflüchteten. Hrsg: Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.

Gillebeert, Dominique (2018): Ingelheim im Dialog über Leben in Vielfalt. Integrationskonzept Ingelheim und Fortschreibungsprozess. Vortrag im vhw-Seminar Erstellung und Fortschreibung von kommunalen Integrationskonzepten, unveröffentlicht.

Krüger, Kirsten (2016): Integration oder der Umgang mit Vielfalt – kommunale Integrationskonzepte in Deutschland. Eine Dokumentenanalyse. vhw werkSTADT 10.

Mehl, Peter; Meschter, Diana; Neumeier, Stefan; Osigus, Torsten (2017): Aufnahme und Integration von Geflüchteten: Wo liegen die Spezifika und die größten Herausforderungen für ländliche Räume? In: Mehl, Peter (Hrsg.): Aufnahme und Integration von Geflüchteten in ländliche Räume: Spezifika und (Forschungs-)herausforderungen. Beiträge und Ergebnisse eines Workshops am 6. und 7.

2017 in Braunschweig. ThünenReport 53, S. 7 – 24.

Pätzold, Ricarda; Reimann, Bettina (2018): „Integration in Bewegung bringen“ – Die Handlungsfähigkeit von Klein- und Mittelstädten stärken. Ein Positionspapier. Forschungsprojekt am Deutschen Institut für Urbanistik.

Ohlinger, Rainer; Schweiger, Raphaela; Veyhl, Lisa (2017): Auf dem Weg zur Flüchtlingsintegration in ländlichen Räumen: Ergebnisse einer Bedarfsanalyse in sieben Landkreisen. Hrsg.: Robert Bosch Stiftung.

Prange, Astrid (2018): Integration "made in Germany". URL: <https://www.dw.com/de/integration-made-in-germany/a-44104037>. 12.12.2018.

Reimann, Bettina (2017): Integration und Vielfalt in Klein- und Mittelstädten. Laufendes Forschungsprojekt am Deutschen Institut für Urbanistik. In: vhw FWS 5, S. 259 – 262.

Ritgen, (2018): In: Gesemann, Frank; Roth, Roland (Hrsg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik. Springer VS, Wiesbaden.

Schönwälder, K. (2013): Integration – not integration? Worüber das Streiten (nicht) lohnt. In: Migration und Soziale Arbeit 3: 217 – 228.

SVR (2018): Stabiles Klima in der Integrationsrepublik Deutschland. SVR-Integrationsbarometer 2018. Berlin. URL: https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2018/09/SVR_Integrationsbarometer_2018.pdf. 12.12.2018.

Impressum

vhw werkSTADT

ISSN 2367-0819

Erscheinungsort: Berlin

Herausgeber

vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.

Vorstand: Prof. Dr. Jürgen Aring

Fritschestraße 27/28

10585 Berlin

Telefon: +49 30 390473-230

Telefax: +49 30 390473-190

werkstadt@vhw

www.vhw.de

Autorin

Kirsten Krüger, M. A., vhw Forschungsassistentin

Grundlayout

DCM Druck Center Meckenheim GmbH

www.druckcenter.de

Erscheinungsweise

unregelmäßig

Bezug

Alle Ausgaben der **vhw werkSTADT** sind unter:

<http://www.vhw.de/publikationen/> kostenfrei herunterzuladen.

Titelbildquelle: © olli.fotolia.com, ©ferkelrag-gae.fotolia.com, ©Logostockimages.adobe

Anhang: Untersuchte Integrationskonzepte

Kommune	Integrationskonzept	Veröffent-licht	Vorgänger-konzept
Duisburg	Kommunales Integrationskonzept Duisburg 2016.	2016	2010
Düsseldorf	Gesamtstädtisches Integrationskonzept für die Landeshauptstadt Düsseldorf.	2017	2006 und 2013
Göttingen	1. Fortschreibung Integrationskonzept für den Zeitraum 2017 – 2018.	2017	2009
Hamburg	Wir in Hamburg! Hamburger Integrationskonzept 2017. Teilhabe, Interkulturelle Öffnung und Zusammenhalt.	2017	2006 und 2013
Hamm	Kommunales Integrationskonzept Hamm 2016.	2016	2003, 2008 und 2014
Jena	Gesamtkonzept zur gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt Jena. Integrationskonzept.	2016	2008
Leverkusen	Integrationskonzept der Stadt Leverkusen	2017	2009
Mühlheim an der Ruhr	Teilhabe und Integration. Mülheim an der Ruhr – Eine Stadt für Alle! Integrationskonzept Fortschreibung 2016 – 2017.	2016	2015
Potsdam	Eine Stadt für alle. Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2016 – 2020.	2017	2007 und 2012
Wiesbaden	Integrationskonzept 2016 – 2020. Integrationskonzept der Landeshauptstadt Wiesbaden.	2016	2004 und 2009